

Entschließung: 60 Jahre Christdemokraten im Deutschen Gewerkschaftsbund

Seit 60 Jahren werden die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland von Einheitsgewerkschaften vertreten, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen haben. Zuvor hatten jahrzehntelang Weltanschauungsgewerkschaften und Standesorganisationen unter- und gegeneinander konkurriert und keine geschlossene Interessenvertretung der Beschäftigten zustande gebracht.

Ihre Schwäche zeigte sich nicht nur im Verhältnis zu den Arbeitgebern, sondern auch gegenüber der Politik. Die zersplitterten Gewerkschaften konnten den Nationalsozialisten keinen wirkungsvollen Widerstand entgegensetzen. Ihre Zerschlagung gleich zu Beginn des „3. Reichs“ und die gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung und Verfolgung ließ die Gewerkschafter enger zusammenrücken. „Schafft die Einheit!“ Dies Vermächtnis gaben Gewerkschafter aus dem sozialistischen wie dem christlich-sozialen Lager, die in Konzentrationslagern ihr Leben lassen mussten, ihren Kollegen für die Zukunft mit auf den Weg.

Christlich-Soziale haben nach dem 2. Weltkrieg die Einheitsgewerkschaften und den DGB mit gegründet und seither mitgeprägt. Die Gründung von Einheitsgewerkschaften, die nicht nur Kolleginnen und Kollegen unterschiedlicher weltanschaulicher Herkunft zu einer gemeinsamen Interessenvertretung vereinigten, sondern mit dem Industrieverbandsprinzip auch das Gegeneinander unterschiedlicher Beschäftigtengruppen beendete, war entscheidende Voraussetzung für die Schaffung einer starken Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ermöglichte bessere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen, ermöglichte wirtschaftliche Mitbestimmung und eine wirkungsvolle Betriebsverfassung in den Unternehmen und Verwaltungen. Sie gewährleistete eine einheitliche Interessenvertretung gegenüber Staat und Öffentlichkeit und sicherte den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen wachsenden Anteil an Wohlstand und Fortschritt der Gesellschaft.

Die Einheitsgewerkschaft ist ein Erfolgsmodell. Im Lauf dieser 60 Jahre kehrten Kollegen aus Richtungsgewerkschaften zum DGB zurück, so 1966 Teile des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Konkurrierende Gewerkschaften traten dem DGB bei, so 1978 die Gewerkschaft der ‚Polizei und 2001 die Deutsche Angestelltengewerkschaft. Auch im Deutschen Beamtenbund schlossen sich 1950 KollegInnen mit unterschiedlichem weltanschaulichem Hintergrund zusammen. In den letzten Jahren hat sich zwischen DGB und dbb - der sich auch als Einheitsgewerkschaft versteht - eine erfolgreiche Kooperation entwickelt.

Auch auf europäischer und internationaler Ebene hat sich der Einheitsgewerkschaftsgedanke weiter durchgesetzt: Nachdem sich 1973 im Europäischen Gewerkschaftsbund Einheits- und Richtungsgewerkschaften zusammengeschlossen hatten, gelang 2006 der Zusammenschluss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften mit dem Weltverband der Arbeit - der Internationale der Christlichen Gewerkschaften. Damit haben die maßgeblichen internationalen Gewerkschaftsorganisationen das Gegeneinander von Richtungsgewerkschaften überwunden und ermöglichen eine gemeinschaftliche Vertretung von Arbeitnehmerinteressen weltweit.

Mitglieder der Christlich-Sozialen Bewegung haben die Einheitsgewerkschaft nicht nur mitbegründet. Sie verstehen sich als ihr konstituierendes Element und bringen sich auf allen Ebenen in die gewerkschaftliche Arbeit ein. Sie waren im DGB stets eine Minderheit. Aber in einem Teil der Gewerkschaften und im DGB selbst haben Mehrheiten dafür gesorgt, dass die Christlich-Sozialen ihren Platz in Entscheidungsgremien und in der Repräsentanz nach außen finden und erhalten konnten.

Die Einheitsgewerkschaft öffnet sich VertreterInnen aller demokratischen Parteien. Sie darf keine Parteipolitik betreiben, kann aber zugleich nicht politisch neutral bleiben, wenn sie die Interessen der ArbeitnehmerInnen wirkungsvoll vertreten will. Damit ist ein Spannungsfeld beschrieben, das immer wieder neu ausgestaltet werden muss. Einheitsgewerkschaften sind in ihrem politischen Einsatz dabei umso glaubwürdiger und erfolgreicher, je mehr sie an der Sache orientiert sind und je fairer sie handeln. Dabei ist es

nicht nur legitim, sondern im Interesse der Mitglieder sogar notwendig, dass Gewerkschaften in der Sache hart, entschieden und mitunter auch radikal agieren und argumentieren. Parteipolitik in dem Sinne, dass einseitig bestimmte Parteien oder Politiker um ihrer selbst willen herabgewürdigt oder andere positiv hervorgehoben werden, diskreditiert aber das politische Engagement von Gewerkschaften. Sie widerspricht zugleich dem Interesse der Mitglieder und Beschäftigten in den Branchen, die eine starke und pragmatische Vertretung ihrer Interessen wollen, nicht aber Ideologie und bevormundende Wahlempfehlungen.

Weltanschauliche und parteipolitische Konflikte wurden gelegentlich hart diskutiert. Erfolgreich war die Einheitsgewerkschaft immer dann, wenn diese Konflikte in der Überzeugung ausgetragen wurden, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. In den Grundsatzprogrammen des DGB konnte der Einheitsgewerkschaftsgedanke immer wieder festgeschrieben werden. Er wird heute trotz im Einzelfall gegebener Konflikte nicht mehr infrage gestellt, sondern allgemein respektiert.

Die Union hat die Bedeutung von Gewerkschaften und Betriebsräten in der Sozialen Marktwirtschaft zwar gelegentlich betont, aber wenig dazu beigetragen, ihre eigenen Mitglieder und Anhänger zu ermuntern, sich in Gewerkschaften und Betriebsräten zu engagieren. Erst wenn dies geschieht und sich mehr Mitglieder der Union in DGB-Gewerkschaften organisieren, werden Christlich-Soziale ihren Einfluss in den Gewerkschaften nicht mehr vor allem der Toleranz anderer KollegInnen verdanken müssen.

Für weite Teile der Union sind Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen nach wie vor weitgehend eine fremde Welt. Damit verschließt sie sich einem zentralen Bereich des vorpolitischen Raums und reduziert ihre Möglichkeiten, als Partei der Mitte für ihre Konzepte zu werben. Tatsächlich sind in den letzten Jahren verstärkte Anstrengungen, vor allem seitens der Bundespartei unternommen worden, den Diskurs mit den Gewerkschaften zu suchen. Aber viele Potentiale liegen weiterhin brach.

Einheitsgewerkschaft ist aber mehr als nur eine Frage der Weltanschauungen oder parteipolitischen Ausrichtungen. Heute gewinnen andere Aspekte zunehmend an Bedeutung, vor allem die einheitliche Interessenvertretung für unterschiedlichste Arbeitnehmergruppen in den verschiedenartigsten Beschäftigungsverhältnissen. Neugründungen oder Abspaltungen von Gewerkschaften sind immer auch eine Anfrage an die Einheitsgewerkschaft, ob sie ihre Interessenvertretungsaufgabe wirklich effektiv wahrnimmt.

Die CDA ruft dazu auf, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mitglied in Gewerkschaften werden. Sie gibt keine Empfehlung ab, in welchen Gewerkschaften sich CDA-Mitglieder organisieren sollen. Für einige Kolleginnen und Kollegen ist die weltanschauliche Ausrichtung ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft. Das respektieren wir. Die CDA gibt aber zu bedenken, dass die Durchsetzungsfähigkeit einer Gewerkschaft entscheidend von ihrer Stärke bzw. „Mächtigkeit“ abhängt. Durch den Zusammenschluss zu starken Interessenvertretungen soll ja gerade die strukturelle Unterlegenheit der Arbeitnehmerseite gegenüber der Arbeitgeberseite überwunden werden. Das ist der Kern von Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie.

Zu einer pluralistischen Gesellschaft gehören auch unterschiedliche Gewerkschaften; das erkennen wir an. Einheitsgewerkschaften sind weder Monopol- noch Zwangsgewerkschaften. Wo Gewerkschaftspluralismus aber zu einer Gewerkschaftskonkurrenz führt, die von der Gegenseite dazu genutzt wird, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen, wird dieser Kern beschädigt, ja wird die Idee der Koalitionsfreiheit geradezu ad absurdum geführt.

Organisationen, die nicht über eine handlungsfähige Mitgliederbasis verfügen und sich Arbeitgeberinteressen andienen oder andienen müssen, sind keine Gewerkschaften, wie wir sie wollen. Sie können keine Verantwortung für Mitglieder übernehmen, handeln nicht im Auftrag von Mitgliedern und haben deshalb keinen Anspruch auf die besondere Rolle, die die Soziale Marktwirtschaft den Tarifparteien einräumt.

Gewerkschaften sind Zusammenschlüsse von ArbeitnehmerInnen, deren Interessen nicht unbedingt deckungsgleich sind. Ihr Erfolg hängt davon ab, dass sie diese Interessen bündeln und koordinieren, damit nicht nur diejenigen in den Gewerkschaften, die eine verhältnismäßig starke Verhandlungsposition haben, sich durchsetzen können, beispielsweise Piloten oder Lokführer. Einheitsgewerkschaften vollziehen diesen Interessenausgleich intern und solidarisch. Damit stellen sie sicher, dass die unterschiedlichen Interessengruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Dies ist heute die anspruchsvollste Herausforderung der Einheitsgewerkschaft.

Der DGB und seine Gewerkschaften müssen sich stärker für die Interessen unterschiedlichster Arbeitnehmergruppen öffnen und die Solidarität untereinander organisieren. Angesichts der Ausdifferenzierung von Arbeitsverhältnissen und Unternehmensstrukturen ist es heute noch wichtiger, die Vereinzelung von Beschäftigten zu unterbinden und Arbeitnehmer mit starken Wettbewerbspositionen, die ihre eigenen Belange leicht durchsetzen können, einzubinden. Die Bemühungen, die Anliegen prekär Beschäftigter nachhaltig in die Öffentlichkeit zu tragen und sie in Tarifbewegungen zu berücksichtigen, sind dabei ebenso von Bedeutung wie die Entwicklung entsprechender Angebote für ArbeitnehmerInnen mit akademischen Qualifikationen.

Die CDA fordert die Gewerkschaften auf

- am Einheitsgewerkschaftsgedanken mit Entschiedenheit festzuhalten
- die weltanschaulichen und politischen Einbindungen ihrer Mitglieder zu fördern und sie als Chance zur besseren Interessenvertretung für ArbeitnehmerInnen zu nutzen
- Minderheiten zu respektieren, ihnen Spielräume und Beteiligungsmöglichkeiten zu gewährleisten
- VertreterInnen von Minderheiten in der Mitgliedschaft für die Besetzung von Ämtern und Funktionen zu fördern und zu unterstützen
- Die Vielfalt der Interessenlagen und die Breite von Lösungsansätzen wahrzunehmen und sie ernsthaft für die gewerkschaftliche Meinungsbildung heranzuziehen.

- Die Ausdifferenzierung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen zum Thema zu machen und neue Formen der Solidarität und Unterstützung anzubieten, nicht zuletzt den prekär Beschäftigten.
- Spaltungstendenzen entgegenzuwirken und an starken Interessenvertretungen zu arbeiten

Die CDA fordert die Union auf

- sich noch deutlicher als Volkspartei zu positionieren, in der die Belange der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen ihren Platz haben und Berücksichtigung finden.
- Tarifautonomie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung als zentrale Elemente einer Sozialen Marktwirtschaft weiter zu fördern und auszubauen.
- den Dialog mit den Gewerkschaften auch vor Ort verstärkt und regelmäßig zu suchen.
- das ehrenamtliche Engagement in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen stärker zu würdigen
- bei ihren Mitgliedern und Anhängern auf ein breiteres Engagement in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen hinzuwirken.
- gewerkschaftlich organisierte Mitglieder bei der Besetzung von Ämtern und Mandaten zu berücksichtigen, sie zu qualifizieren und zu fördern.
- die Kompetenz ihrer gewerkschaftlich organisierten Mitglieder für die politische Arbeit zu nutzen.